

S. 12
ber Bewe
zum er
den Rand
er sich
risierung
tschaft
union.
er Union,
sichere
Fall
Sommer
schaften
in S
221 000
ographie.)

Dresdner Volkszeitung

Politikredaktion: Dresden
Sabon & Comp., Nr. 1208
Organ für das werktätige Volk
Verwaltung: Schri. Staatsamt, Dresden,
Bau der Arbeiter, Knastellen
und Beamten, H.-G., Dresden,
Gebrüder Henbold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Der Inhalt von Zeitungen irgendwelcher Art, sei es durch eine Verstoß gegen die Bestimmungen, hat der Verleger der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückvergütung des Verstoßes oder auf Nachlieferung der Zeitung.

Abdruckrecht mit der höchsten Unterhaltungsabteilung, 15.000. Vollen
Lohn, außerdem „Voll und Zeit“ monatlich 1.36 M., zusätzlich 46 M.
Zuschuss, Vollbezug 1.36 M. gesamt. Post- u. Zust.-Bausatz 24 M.
Telegraphische Adressen: Dresdner Volkszeitung

Nr. 187 Dresden, Donnerstag, den 13. August 1931 42. Jahrgang

Der Abstieg

Von Paul Lobe, Präsident des Reichstags

Als im Februar 1931 die nationalsozialistische Fraktion die Auflösung des Reichstags verlangte, weil der im September gewährte die Stimmung des deutschen Volkes nicht mehr wahrheitsgemäß widerspiegeln, renommierter der Völkische Beobachter mit der Versicherung, 200 Abgeordnete seien das mindeste, was an Nationalsozialisten in den neuen Landtag einzuziehen würde. Zweihundert, etwa zwei Fünftel Wähler, würden sich für das Hakenkreuz entscheiden, und bei der dann folgenden übernächsten Wahl sei ihnen die Mehrheit sicher.

In diesen schäumenden Wein haben schon verschiedene Kandidaten in kleineren Bezirken einen gehörigen Schuß Wasser gegeben. Die große Generalprobe aber ist am 9. August erfolgt. Der Prozenttag von Wählern, den die Nationalsozialisten für sich allein in Anspruch nehmen, hat am 9. August die neun Parteien zusammen nicht gebracht, die dem Kabinett Braun den Krieg angefocht haben. Nun ist unter den negativen Siegern der Streit ausgebrochen, wer zu diesem Defizit den erheblichsten Beitrag geliefert hat.

Für den objektiven Beobachter läßt sich das Ergebnis doch ziemlich genau festsetzen. 9,79 Millionen gegen 12,7 Millionen der Abstimmungsparolen am 14. September bedeutet einen reinen Verlust von 2 1/2 Millionen Stimmen. Kein Zweifel, der Löwenanteil des Verlustes entfällt auf die beiden großen Gruppen, die allein wesentliche Anhängergruppen verlieren konnten: die Nationalsozialisten und die Kommunisten.

Die Ziffern aus Berlin, aus dem Ruhrgebiet und aus Westdeutschland zeigen, daß die kommunistische wachsende Arbeiterkraft den Führern die Gefolgschaft bei der Hakenkreuzparole verweigerte. Sie lassen sich zwar vieles bieten, aber als Deloten Eugenbergs ließ sich die Mehrheit doch nicht gebrauchen. Schon bei der Hakenkreuz-Vollstimmabstimmung hatte sich gezeigt, daß die kommunistische Partei kaum 10 Prozent ihrer Anhänger an die Urne ziehen kann, wenn diese ungedeckt durch Wähler anderer Parteien zur Abstimmung gehen sollen. Diesmal waren allerdings alle abgemagerten oder ängstlichen Gemüter gedeckt. Denn neun Parteien, darunter solche, die bei der Hochfinanz in hoher Gunst stehen, riefen zur Beteiligung auf.

Der Zusammenbruch der kommunistischen Wählerkraft aber wurde schlimmer als je zuvor. Diesmal folgten noch weit weniger als 50 Prozent der Parole ihrer Führer. Diesmal lehnten sie sich ausdrücklich dagegen auf. Die Abflüchtung hat begonnen, wir wollen das Unere tun, daß sie ihre Fortsetzung findet.

Aber auch für die Nationalsozialisten hat die Abstimmung des 9. August bewiesen, daß ihre Ränge nicht in den Himmel wachsen. Wie schon gesagt — wenn ihre Prophezeiung über das bevorstehende Wachstum der Anhänger des Hakenkreuzes zutreffend gewesen wäre, dann hätten sie ja allein bald die Hälfte der Wählerstimmen aufbringen müssen, die sie zusammen mit den Kommunisten und den sieben anderen Bündnispartnern nicht aufgebracht haben. Schade, daß sich der Verlust nicht zahlenmäßig genau berechnen läßt. Aber die Resultate von Köln, Koblenz, Posen und anderen Städten geben genaue Anhaltspunkte für die Annahme, daß der Zulauf zu den Propheten des Dritten Reiches abgenommen hat.

Und das ist kein Wunder. Vor einem Jahre versprochen die „Vollwertreiter“ innerhalb kurzer Zeit die Erlösung Deutschlands. Von Monat zu Monat warteten die Gläubigen, die Einlösung des Versprechens erfolgte nicht. Mit den ersten „Bank- und Hörsenführern“, die „entgegen“ wurden, verloren zehntausende Ersparnisse und Erwerb. Mit der Beschränkung der „Zinsnechtlichkeit“ floh das Betriebskapital aus dem Lande, das unter den gegenwärtigen Verhältnissen allein unteren Erwerbslosen Brot und Arbeit geben kann.

Die unsinnigen Parolen haben eine verhängnisvolle Wirksamkeit zur Folge gehabt, am Ende der Kampagne verhandelt Herr Hitler mit Herrn Dingeldey, dem Vertrauensmann der Jakob Goldschmidt und Wassertrann, der Bank- und Börsenführer, und je mehr er deren Vertrauen gewinnt, um so größer wird das Mißtrauen der eigenen Anhänger.

So behält der „Vollwertreiter“ über seine aktuelle, Furchen und das Reich berührende Wirkung noch eine parteipolitische Bedeutung: die Anziehungskraft der politischen Erlichter hat zum ersten Male sichtbar nachgelassen, die Aufklärungsarbeit der demokratischen Republik gewinnt ihre erste Wirkung. Nun heißt es die Verfolgung aufnehmen bis zur weiteren Schwächung der Gegner von Volkfreiheit und Wiederaufbau.

Will Brüning nach rechts?

Durch die bürgerliche Presse geht ein Gerücht, wonach Brüning und das Zentrum sich mit dem Gedanken tragen, die gesamte Regierungsbasis nach rechts hin zu erweitern. Es wird gesprochen von Annäherungsabsichten zwischen Brüning und Eugenbergs, von einem Versuch des deutschnationalen Führers beim Reichspräsidenten, dem ein Zukunftstreffen mit dem Reichskanzler folgen soll. Auch Brünings Zug in der Verfassungssprache, es komme darauf an, alle „aufbaufähigen und eingliederungsbereiten Kräfte“ aufzukommenszusammen, läßt den Schluss zu, daß der Wind im Zentrum wieder einmal rechts weht und daß der Sieg, den die Republik und die Demokratie am 9. August erfochten, mindestens auf dem rechten Zentrumslügel mit gemischten Gefühlen aufgenommen wurde. Darauf läßt auch das Geschicklichen, daß der geschäftsführende Vorstand der Zentrumspartei am Mittwoch letzte. Dieser Sitzung wohnten Brüning, Birth, Stegwald und Landwirtschaftsminister Dr. Steiger bei. Ueber besagtes Ei wurde folgender parteiantlicher Bericht ausgegeben:

In sehr eingehender Aussprache wurden die gesamte innen- und außenpolitische Lage, die mit dem Volkentscheid im Zusammenhang stehenden Vorzüge und die angestrichelten Ergebnisse gebotenen Folgerungen erörtert. Der Vorstand dankt der Zentrumswahlerschaft in Preußen für die staatspolitische Haltung, die sie im Herablassen vom Volkentscheid bewiesen hat. Gewissen Vorbehalten gegenüber befindet er, daß die Leitung der preussischen Zentrumsfaktion der Politik des Reichskanzlers fertige und wertvolle Unterstützung hat zuteil werden lassen. Als einseitige Lebenszeugung aller wurde festgestellt, daß für die wirksame Durchführung der äußerst schwierigen staatspolitischen Aufgaben im Reich und in Preußen die notwendige sachliche und methodische Handlungseinheit sowohl bei den verantwortlichen Instanzen der Partei wie bei ihren Vertretern in den beiden Kabinetten nach jeder Richtung hin gewährleistet sein muß.

Die Herren Kommentatoren der bürgerlichen Presse haben sich vor allen Dingen auf den letzten Satz der Erklärung gestützt und herausgefunden, daß dieser einen Tadel für die preussischen Zentrumsmänner enthielte. Sie seien den sozialdemokratischen Wünschen in der preussischen Regierung zu weit entgegengekommen. Am deutlichsten wird die parteipolitische Kölnische Zeitung. Sie meint, das Zentrum befürchte, die Sozialdemokratie werde im Reich wie in Preußen für ihre weitere Wirtliche allerhand schwerwiegende soziale Forderungen aufstellen. Damit dürfte das Wort nicht so unredlich haben, und wir hoffen sehr stark, daß unsere Partei Herrn Brüning demnächst vor allen Dingen vor die Frage stellt, wann nun

eigentlich die unerträgliche Rotverordnung vom 5. Juni geändert werden soll!

Dieser Punkt dürfte es auch sein, der dem Reichskanzler besondere Kopfschmerzen verursacht. Er hat der Z.V.D. sein Wort versprochen, daß im Frühjahr die Änderung dieser Verordnung besprochen wird, und hat bereits schwache Zugeständnisse gemacht. Er weiß, daß die Sozialdemokratie zum Schutze der Arbeitlosenunterstützung erheblich weitergeht, als das gegenwärtige Kabinett gehen will, und er sieht darum den blauen Tagen des September mit Unbehagen entgegen. Genosse Freitscheid zitiert zur Verdeutlichung der Situation in einem Artikel unserer Parteikorrespondenz ebenfalls die Kölnische Zeitung und schreibt:

Um die Kölnische Zeitung zu Wort kommen zu lassen, so erfährt dieses Blatt „von sonst gut unterrichteter Seite“ allerlei über die Wirtschaftspolitik des Kabinetts. Da ist von scharfen Sparmaßnahmen und dem Abbau der öffentlichen Aufgaben die Rede. Da heißt es weiter, daß die Auflockerung der Lohnbindungen habe und daß man vor allem für lebenswichtige Betriebe die Schlichtung nicht entbehren könne. Zu deutsch kann damit nichts anderes gesagt sein, als daß die sozialen Ausgaben noch mehr gekürzt werden sollen und daß eine Auflockerung der Lohnbindungen und der Schlichtung — wenn auch innerhalb bestimmter Grenzen — angestrebt wird. Wenn das wirklich die Absicht ist, so könnte in der Tat die Arbeit der Herrn Eugenbergs für das Reichskabinett einen Sinn haben. Aber die verantwortlichen Stellen müssen sich darüber klar sein, daß sie mit der Durchführung eines solchen Programms die Wirtliche der Sozialdemokratie aufs Spiel setzen würden. Der innerpolitische Kampf wäre nicht beendet, der Paragrafen, den die Zentrumspresse fordert, wäre nicht hergestellt, sondern es hätte sich nur die Front verschoben, und die Arbeiterschaft, die sich die außen- und innerpolitische Reaktion nicht gefallen ließe, wäre in eine Opposition gedrängt, die von der Regierung und dem Lande zweifellos sehr viel schwerer ertragen werden könnte, als die sogenannte Nationale Opposition der Eugenbergs-Gruppe. In diesem Fall würde übrigens, um das nebenbei zu erwähnen, auch die Reform des Verhältnisses zwischen Preußen und dem Reich, von dem jetzt ebenfalls soviel gesprochen wird, in einem ganz anderen Lichte erscheinen, und bei aller grundsätzlichen Benevolenz zu einer Vereinstellung der Verwaltung müßte die Sozialdemokratie es ablehnen, ihre Hand zu einer Verringerung der Rechte Preußens zugunsten eines von den Deutschnationalen mißbeherrschten Reichs zu bieten.

Die Annäherungsversuche des Zentrums nach rechts bedeuten zweifellos Trostungen an die Sozialdemokratie. Man läßt die Vision eines Rechtskabinetts aufstehen und glaubt damit die weitere sozialdemokratische Hilfe zu billigeren Bedingungen zu bekommen. Wir hoffen, daß sich die Führung

Eine merkwürdige Verfassungsbrede

Dankabündler Dietrichs kapitalistische Tiraden

D. Der Reichsfinanzminister, Herr Dietrich, hat bei der Verfassungsfeier im Reichstag eine Festrede gehalten, in der man eine Programmrede erblicken könnte. Diese Rede wird der Sozialdemokratischen Partei Anlaß geben, das Wirken des Reichsfinanzministers und seinen Einfluß auf die Gestaltung der Sanierungsmassnahmen mit noch größerer Aufmerksamkeit als bisher zu verfolgen. Herr Dietrich hat Gedankengänge entwickelt, die einem Manchesterliberalen der ältesten Schule Ehre gemacht haben würden. Die Sätze, die er prägt, findet man zur Genüge in den Propagandaschriften des Danabundes, dem Herr Dietrich auch sonst nicht fernsteht. Er hat abermals das Evangelium der freien Wirtschaft, den Rückzug des Staates von der Wirtschaft gepredigt.

Eine solche Rede bei der Feier des Geburtstag der Verfassung in Weimar muß zu denken geben. Die Grundzüge, die sie vertrat, lassen von dem, was die Verfassung von Weimar sein sollte, schließlich nur ein leeres Gerippe übrig. Die großen sozialen Gesichtspunkte, die in der Verfassung vertreten werden, sind dabei völlig verschwunden. Die Väter der Verfassung wollten, daß die demokratisch-republikanische Verfassung mit sozialer Inhalt erfüllt werden müsse. Sie arbeiteten Richtlinien und Gesichtspunkte für diesen Zweck in das Verfassungswerk hinein. So den großen Grundlag, daß die Wirtschaft dem Interesse des ganzen Volkes untergeordnet werden müsse. In der Verfassungssprache des Reichsfinanzministers war von diesem Geist der Weimarer Verfassung auch nicht ein Hauch zu vernehmen.

Der Reichsfinanzminister nimmt im Reichskabinett eine besondere Stellung ein. Er hat einen sehr wesentlichen Einfluß auf die Maßnahmen, die während der akuten Krise beschlossen werden mußten, ferner auf die Maßnahmen, die der

Fortbildung dieser Notmaßnahmen dienen sollen. Der Einfluß des Reichsfinanzministers konnte bei den letzten Rotverordnungen sehr wesentlich vergrößert werden. Ganz allgemein hat sich im Volke die Ueberzeugung befestigt, daß wenn der Staat helfend und sanierend in die Privatwirtschaft eingreifen müsse, er zugleich auch Bestimmungsrechte, das Recht der Kontrolle und der Leitung an sich ziehen müsse. Die Art und Weise, wie die Sanierung der Danabank vorgenommen worden ist, schlägt dieser Ueberzeugung ins Gesicht. Die Sanierung der Danabank entspricht vollkommen dem Programm, das der Reichsfinanzminister in seiner Verfassungsbrede entwickelt hat. Sie ist die praktische Illustration zu seiner Theorie: Der Staat borgt der Privatindustrie die Mittel, damit sie die Aktienmehrheit einer Bank erwerben kann, für die der Staat die Garantie übernommen hat.

Der Dankabündler Dietrich hat von den Reichen der Zeit nichts verstanden. Daß der Kontrakt der Wirtschaftsführung, das Verlangen der Privatwirtschaft in Industrie, Landwirtschaft und Kreditwesen die kritische Stimmung des Volkes gegenüber dem Kapitalismus verstärkt und die sozialistische Kritik gerechtfertigt hat, davon scheint der Reichsfinanzminister nichts gemerkt zu haben. Immerhin sind diese Reichen der Zeit so stark, daß auch das Reichskabinett in seiner Gesamtheit sich ihnen nicht völlig entziehen kann und daß es deshalb Verordnungen darüber einleitet hat, wie die staatliche Kontrolle über die Banken vergrößert werden könnte. Mit einem Reichsfinanzminister, der in einer Verfassungsbrede die rückständigen bankabwärtigen Gedanken vertritt, wird allerdings die notwendige Bankenkontrolle in dem erforderlichen Maße sehr schwierig durchzuführen sein!